

stand gegen den Vertrag über die Nichtweitergabe von Kernwaffen sofort einzustellen. Wer diesen Vorschlägen ausweicht, wer hingegen von der Eroberung der DDR träumt und sie vorbereitet, der handelt im Widerspruch zu den Interessen der Nation.

Breite Unterstützung fand bei der Bevölkerung die Feststellung in der neuen, sozialistischen Verfassung, daß die DDR und ihre Bürger die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus erstreben. Es wurde gewürdigt, daß die DDR konsequent eine Politik im Interesse der ganzen Nation betreibt. Gleichzeitig wurde immer wieder unterstrichen: Voraussetzung für die Vereinigung ist, daß in Westdeutschland die grundlegenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens erfüllt, daß Militarismus und Nazismus mit den Wurzeln ausgerottet werden. Voraussetzung für die Vereinigung ist, daß in Westdeutschland eine Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens erfolgt. Das wird zweifellos erst möglich sein, wenn die Arbeiter, werktätigen Bauern, kleinen Gewerbetreibenden, Intellektuellen und andere jetzt unterdrückte Schichten, die die Mehrheit des Volkes bilden, über die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik entscheiden. Auch in Westdeutschland haben die sozialistische Verfassung der DDR und die breite Volksaussprache beträchtliches Interesse gefunden. Daran haben die Versuche der westdeutschen Regierung und der westdeutschen Presse nichts ändern können, die Verfassung totzuschweigen oder ihren Inhalt zu verfälschen. Mit besonderem Interesse haben westdeutsche Arbeiter, Gewerkschafter und andere fortschrittliche Kreise solche Bestimmungen der Verfassung aufgenommen, die die Fragen der Machtausübung der Werktätigen, die Grundrechte der Bürger sowie die Rechte der Gewerkschaften betreffen.

Die herrschenden monopolistischen Kreise Westdeutschlands und die Führer der Sozialdemokratischen Partei suchten sich offen in die Aussprache über die Verfassung einzumischen. Scheinheilig behaupteten sie z. B., durch die neue Verfassung würde angeblich die Spaltung Deutschlands vertieft werden. Demgegenüber wurde in der Diskussion sichtbar, daß sich das Volk der DDR durchaus im klaren ist, wer die Verantwortlichen für die Spaltung Deutschlands sind. Die Tatsache, daß der Imperialismus unter Führung der USA im Einvernehmen mit Kreisen des westdeutschen Monopolkapitals Deutschland gespalten hat, ist ihm sehr gut in Erinnerung. Die Diskussion des Volkes über diese Fragen zeigt, wie aussichtslos die Versuche der westdeutschen Regierung und ihrer sozialdemokratischen Erfüllungsgehilfen sind, die historischen Tatsachen zu verfälschen.

Einmütige Zustimmung zur friedlichen Außenpolitik

Die Volksaussprache über die sozialistische Verfassung der DDR fand auch international große Beachtung. Mit großem Interesse wurden in vielen Ländern Europas und auch außerhalb Europas die Feststellungen der Verfassung über die dem Frieden und der Sicherheit dienende Außenpolitik der DDR registriert. Es wächst die Überzeugung, daß die DDR ein stabiler Faktor des europäischen Friedens ist, ohne deren Mitwirkung eine Lösung der Grundfragen der europäischen Sicherheit nicht möglich ist.

In asiatischen und afrikanischen Ländern wurde vor allem die Tatsache hervorgehoben, daß die DDR ein echter Freund dieser Länder ist und daß eine Verbesserung der Beziehungen zu diesem deutschen Staat nicht nur im Interesse der Staaten Asiens und Afrikas, sondern auch im Interesse eines friedlichen Nebeneinanders der beiden deutschen Staaten liegt.

Das Volk der Deutschen Demokratischen Republik seinerseits nahm ebenfalls